

Abgeordnetenhaus B E R L I N

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung
Teilweise nichtöffentlich zu TOP 1 A

Hauptausschuss

95. Sitzung
8. September 2021

Beginn: 12.28 Uhr
Schluss: 18.47 Uhr
Vorsitz: Franziska Becker (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen

– Mitteilungen des Vorsitzenden,
– Überweisungen an die Unterausschüsse,
– Konsensliste,
– sonstige geschäftliche Mitteilungen,
soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde,
sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Darüber hinaus hat der Ausschuss besprochen:

Vorsitzende Franziska Becker teilt mit, als Tischvorlagen seien zu Tagesordnungspunkt 1 zwei Beschlussempfehlungen des Unterausschusses Vermögensverwaltung – rote Nrn. 3774 und 3775 –, zu Tagesordnungspunkt 4 ein Beschlussvorschlag aus der Sprecher/-innenrunde zur roten Nr. 3569 A-1 sowie zu Tagesordnungspunkt 24 eine Austauschseite mit der roten Nr. 3752-1 verteilt worden.

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache der Einladung mit der Tagesordnung und der Konsensliste sowie den drei Mitteilungen zur Einladung zu. Sodann beschließt er, dass entsprechend der Vorschläge der Koalitionsfraktionen die Tagesordnungspunkte 5 – Stichwort: Karrenzzeitgesetz –, 21 – Stichworte: Vorlage – zur Beschlussfassung – Charta für das Berliner Stadtgrün –, 34 – Stichworte: Schulplatzbedarf - Monitoring - sowie 46 – Stichworte: Flughafenareal Tempelhof – zur nächsten Sitzung vertagt würden. Tagesordnungspunkt 42 – Stichworte: Gesamtstädtische Steuerung der Unterbringung wohnungsloser Menschen – solle

mit der roten Nr. 3368 A dem Ausschuss für Integration, Arbeit und Soziales zur Verfügung gestellt werden.

Vorsitzende Franziska Becker stellt fest, dass dem Vorschlag der Sprecher/-innenrunde, die die Tagesordnungspunkte 1, 4 A, 4 B, 6, 7, 9, 10, 11 A, 12, 14, 15, 16, 17 A, 17 B, 18, 18 A, 19, 22, 23, 23 A, 26, 27, 31 D, 31 G, 36, 37, 38, 39, 42, 44, 44 A, 44 B, 47, 48, 49, 50 und 51 ohne Aussprache zu behandeln, zugestimmt werde.

Finanzen – 15

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Beschlussfassung über Empfehlungen
des Unterausschusses Vermögensverwaltung
zu Vorlagen – zur Beschlussfassung –
gemäß § 38 GO Abghs**

hierzu:

- | | | |
|-----|---|----------------------|
| I. | Empfehlung des UA VermV vom 08.09.2021
Vermögensgeschäft Nr. 14/2021
des Verzeichnisses der Vermögensgeschäfte | <u>3774</u>
Haupt |
| II. | Empfehlung des UA VermV vom 08.09.2021
Bestellung eines Erbbaurechts am Grundstück
Mehringdamm 20-28/Obentrautstr.
19-21 („Dragoner Areal“) in Berlin Friedrichshain-
Kreuzberg gemäß § 64 Abs. 2 Satz 1 Ziff. 4 lit. a)
und b) der Landeshaushaltssordnung | <u>3775</u>
Haupt |

Andreas Statzkowski (CDU) berichtet, der Unterausschuss empfehle, einen Grundstücksankauf in der Mühlenstraße zu tätigen, sowie die Bestellung eines Erbbaurechts für das sogenannte Dragoner-Areal.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus, die Vorlagen – zur Beschlussfassung – gemäß § 38 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin – I. Nr. 14/2021 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte und II. Bestellung eines Erbbaurechts am Grundstück Mehringdamm 20-28/Obentrautstr. 19-21 – sollten entsprechend dem Beratungs- und Abstimmungsergebnis des Unterausschusses Vermögensverwaltung angenommen werden. – Dringlichkeit werde empfohlen.

- b) **Beschlussfassung über eine Empfehlung
des Unterausschusses Vermögensverwaltung zu
Unterrichtung gemäß § 64 Absatz 2 Satz 1 Nr. 8
i. V. m. Absatz 9 sowie § 112 Absatz 2 LHO**

Es liegen keine Empfehlungen vor.

Punkt 1 A der Tagesordnung

Vertraulicher Bericht SenFin – I C 12 – vom 06.09.2021 [3773](#)
Ankauf von Beständen der Deutsche Wohnen SE
und Vonovia SE durch die Landesgesellschaften
HOWOGE, DEGEWO und Berlinovo
(unaufgefordert vorgelegt)
(mit vertraulichen Anlagen nur für den Datenraum)

Protokollierung siehe öffentliches und nichtöffentlichtes Wortprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Vertraulicher Bericht SenFin – I A – vom 31.08.2021

Fortschreibung zum Thema Mietstundung und Mieterlass IV

(Berichtsauftrag aus der 93. Sitzung vom 11.08.2021)

[3379 Y](#)

Haupt
Vertrauliche
Beratung

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 3379 Y ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 2 A der Tagesordnung

Bericht SenFin – I G 1 – vom 27.08.2021

Unterrichtung des Hauptausschusses über die Neufestsetzung marktüblicher Erbbauzinssätze des Landes Berlin

(Berichtsauftrag aus der 93. Sitzung vom 11.08.2021)
(auf Antrag der Fraktion Die Linke von der Konsensliste IV. genommen und auf die Tagesordnung der 95. Sitzung gesetzt)

[1452 C](#)

Haupt

Steffen Zillich (LINKE) resümiert, auf die Frage, ob die Feststellung der Marktüblichkeit von Erbbauzinssätzen in anderen Städten nach dem Berliner oder einem anderen Verfahren erfolge, teile SenFin mit, die teilweise andere Handhabung könne man nicht mit Berlin vergleichen. Man könne sich auch nicht vorstellen, dass dort die beihilferechtlichen Bewertungen vorgenommen würden und glaube offenbar nicht, dass noch eine andere Bewertung möglich sei. Dass die beihilferechtliche Bewertung so oft erwähnt werde, deute darauf hin, dass sie, verglichen mit der Praxis anderer Städte, eine gewisse Besonderheit darstelle.

Im Sinne der Betrachtung öffentlicher Aufgaben und der Bedingungen, zu denen öffentliche Grundstücke vergeben würden, sei eine Abkopplung von den Bodenwerten und in gewisser Weise auch von der Marktüblichkeit der Erbbauzinsen notwendig. Die Vergabebedingungen sollten nach dem Vergabezweck sortiert werden, andernfalls bestimme der Bodenwert die räumliche Verteilung öffentlicher Aufgaben, und zwar innerhalb des Vermögenskreislaufs der öffentlichen Hand, was er nicht für sachgerecht halte. Sollte seine Fraktion einer weiteren Koalition angehören, müsse es unter Beleuchtung aller Risiken zu einer rechtlichen Neubewertung kommen; die rechtlichen Hürden seien sicherlich zu überwinden.

Daniel Wesener (GRÜNE) kommt auf das Fazit des Berichts zu sprechen, wonach es sich beim Erbbaurecht um ein altbekanntes Instrument handele, es aber kein normiertes Verfahren im engeren Sinne, kein Schema F gebe, dafür aber eine sehr ausdifferenzierte Praxis. – Worauf stütze sich die beihilferechtliche Problemanzeige von SenFin? Offenbar existierten Beispiele, die nicht automatisch vor dem Europäischen Gerichtshof geklärt werden müssten. Das Vorgehen sei einleuchtend, rede man über eine Direktvergabe an Unternehmen zu welchen vergünstigten, weil nutzungsbezogenen Zinssätzen auch immer. Eine gemeinnützige oder gemeinwohlorientierte Nutzung sei etwas anderes. Ihm stelle sich die Frage, inwieweit das Beihilferecht das Element sei, das alles unmöglich mache. – Die Debatte stehe nach der Wahl

auf jeden Fall an; dann werde genügend Zeit sein, die grundsätzlichen politischen Positionen abzulegen.

Christian Goiny (CDU) fügt hinzu, beim Thema Erbbaurecht seien zudem die landeseigenen Vermögenskreise, bspw. SODA, zu beachten, schließlich werde auch eine Finanzierung für Instandhaltung und Sanierungsmaßnahmen benötigt.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1452C zur Kenntnis.

Auf Antrag der Fraktion Die Linke beschließt der **Ausschuss**, Tagesordnungspunkt 3 nach Tagesordnungspunkt 4 aufzurufen.

Punkt 3 A der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – [3768](#)
Drucksache 18/4055 Haupt
**Nachträgliche Genehmigung der im Haushaltsjahr
2020 in Anspruch genommenen über- und
außerplanmäßigen Ausgaben und
Verpflichtungsermächtigungen für die
Hauptverwaltung und für die Bezirke**

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, dem Plenum die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/4055 zu empfehlen. Dringlichkeit wird empfohlen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Schreiben SenFin – II B 23 – vom 31.05.2021 [3569 A](#)
**Verfahrensvorschlag bei Vorlagen während des
Wahlperiodenwechsels, die einer Zustimmung des
Hauptausschusses bedürfen**
(Berichtsauftrag aus der 89. Sitzung vom 28.04.2021)
(in der 94. Sitzung am 25.08.2021 vertagt)

hierzu:

- a) Beschlussvorschlag der Sprecher/-innenrunde zur Ziffer I. des Schreibens SenFin (rote Nummer 3569 A): [3569 A-1](#)
Vorlagen gemäß des Haushaltsgesetzes 20/21, die einer vorherigen Zustimmung/Einwilligung des Hauptausschusses bedürfen

- b) Beschlussvorschlag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen zur Ziffer I. des Schreibens SenFin (rote Nummer 3569 A): **Vorlagen gemäß des Haushaltsgesetzes 20/21, die einer vorherigen Zustimmung/Einwilligung des Hauptausschusses bedürfen** [3569 A-2](#)
Haupt

Christian Goiny (CDU) fragt mit Blick auf die gegenüber dem interfraktionell verabredeten Vorschlag erfolgte Änderung im Beschlussvorschlag rote Nr. 3569 A-2, wie SenFin das Verfahren zu handhaben gedenke.

Steffen Zillich (LINKE) teilt mit, die Veränderung sei aufgrund eines Hinweises von SenFin erfolgt. Das Gestrichene betreffe lediglich eine Erläuterung des Konsultationsverfahrens. Materiell habe sich an dem Verabredeten nichts geändert.

Staatssekretär Fréderic Verrycken (SenFin) erläutert, eine der beiden Änderungen sei rein redaktioneller Art. Bezuglich des Inhalts des zweiten Absatzes des vorherigen Beschlussvorschlages sei SenFin der Auffassung, dass die formale Zustimmung einer gesetzlichen Grundlage bedürfe. Ohne eine solche Ermächtigung könnte eine für das Parlament wie auch für seine Verwaltung schwierige Situation entstehen. Um dieser vorzubeugen, werde seine Verwaltung in etwaigen Fällen, in denen man in der hier in Rede stehenden Zeit miteinander ins Gespräch kommen müsse, in denen Ausgaben getätigt werden müssten, die Fraktionen vorher informieren. 2019 sei eine ähnliche Situation entstanden, als eine durchaus umstrittene Regelung zwischen seiner Verwaltung und dem Parlament gewählt worden sei, die im Haushaltsgesetz und nicht durch einen reinen Beschluss verfestigt worden sei. SenFin habe nun vorschlagen, einen gemeinschaftlichen Weg zu finden, der dem Parlament die Möglichkeit eröffne, weiterhin involviert zu sein, und seiner Verwaltung helfe, eine rechtlich problematische Situation zu vermeiden.

Vorsitzende Franziska Becker macht auf das Selbstorganisationsrecht des Parlaments aufmerksam.

Der **Ausschuss** stimmt dem Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen rote Nr. 3569 A-2 zu Ziffer I. des Schreibens rote Nr. 3569 A zu. Er stimmt im Übrigen dem Schreiben rote Nr. 3569 A betreffend die Ziffern II., III. und IV. wie von der Sprecherinnen- und Sprecherrunde empfohlen zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung

Schreiben SenFin – I C 22 – vom 02.08.2021 [3691](#)
Entnahme aus der Rücklage gemäß § 62 LHO nach Haupt
Maßgabe § 12 a Abs. 3 Satz 2 NHG 20/21
hier: Einmalzahlung an die Zoologische Garten
Berlin AG zur Ablösung einer vertraglichen
Verpflichtung
(in der 94. Sitzung am 25.08.2021 vertagt)

Vorsitzende Franziska Becker verliest den von den Koalitionsfraktionen vorgelegten Begleitbeschluss, wonach der Hauptausschuss die Erwartung habe, dass Erhöhungen der Ermäßigungs- und Familientarife der Zoo AG in Abstimmung mit dem Berliner Senat erfolgten. Darüber hinaus seien durch die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung Gespräche mit dem Aufsichtsrat der Zoo AG mit dem Ziel aufzunehmen, dem Land Berlin künftig einen dauerhaften Sitz im Aufsichtsrat zu gewährleisten.

Christian Goiny (CDU) erklärt, gemeinsam mit dem Tierpark und Aquarium sei der Zoo eine wichtige touristische wie auch Wissenschaftseinrichtung. Dies solle so bleiben, insofern solle dem Zoo die Hilfe zuteilwerden. – Die mit dem Begleitbeschluss durchschimmernden Verstaatlichungsversuche lehne seine Fraktion dagegen ab. Das Vorhaben sei weder mit dem Aktien- noch dem Eigentumsrecht vereinbar. Der Zoo sei gut geführt und gemanagt. Seiner Fraktion sei vielmehr wichtig, dass in den kommenden Jahren die Investitionen des Zoos möglich würden, damit er seine Attraktivität erhalten und steigern könne, ähnlich wie es in der letzten Wahlperiode mit dem Tierpark vonstattengegangen sei. Wesentlich sei zudem, dass, auch wenn jetzt die Ablösesumme gezahlt werde, in den nächsten Jahren andere Förder töpfe zur Kofinanzierung der Investitionen des Zoos zur Verfügung stünden. – Über den Begleitbeschluss solle separat abgestimmt werden, seine Fraktion lehne ihn ab.

Sibylle Meister (FDP) hält den beschrittenen Weg für richtig. Es sei nachvollziehbar, dass der Zoo nach den erlittenen Coronaeinschränkungen wieder auf die Beine kommen wolle; es wäre sehr bedauerlich, könnten die nötigen Investitionen nicht durchgeführt werden. Klar sei, dass durch die Ablösung der „Ewigkeitsgarantie“ ein entsprechender Betrag gegengeschrieben werden müsse. – Der Wunsch nach einem Sitz im Aufsichtsrat werde sich nicht realisieren lassen, schließlich sei der Zoo ein privat geführtes Unternehmen, das seit über 100 Jahren gut funktioniere.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) führt aus, von Anfang an sei unstrittig gewesen, dass man der mit finanziellen Schwierigkeiten konfrontierten Zoo AG helfen wolle. Aus der Vorlage hätten sich Nachfragen ergeben, die u. a. in dem Begleitbeschluss mündeten. – Dass es sich dabei, und sei es auch nur graduell, um Verstaatlichungsfantasien handele, weise er zurück. Das Abgeordnetenhaus gehe davon aus, dass, falls es in Zukunft zu Preiserhöhungen insbesondere für Ermäßigungs- und Familientarife komme, zuvor eine – in Anführungszeichen – Abstimmung, eine Kommunikation mit dem Senat stattfinde. Dies habe damit zu tun, dass, wenn in der Vergangenheit Eintrittspreise für zum Beispiel Transferleistungsempfangende erhöht worden seien, viele Berliner/-innen – in dem Irrglauben, es handele sich um ein Landesunternehmen – verschiedene Fraktionen des Abgeordnetenhauses um Abhilfe gebeten hätten. Bei der Gelegenheit erkläre man den Menschen die Konstruktion der substanzienlen Minderbeteiligung, die das Land mit drei Stimmrechten habe, und dass man, wenn überhaupt, bei der Tierpark GmbH über die dort laufenden Zuschüsse eine Möglichkeit habe, mit der Muttergesellschaft der Zoo AG über die Preisgestaltung ins Gespräch zu kommen, es dort aber ein Stück weit auf den Goodwill des Gegenübers ankomme. Er habe Signale bekommen, dass es für die Zoo AG kein Problem sein werde, dass, falls es zu so einem Setting komme, es auch zu einem Gespräch komme. Dann könne man auf Augenhöhe auch darüber reden, ob gegebenenfalls mildere Mittel in Betracht kämen.

Der zweite Aspekt des Begleitbeschlusses docke gleichfalls an die Diskussion an, die der Hauptausschuss zum Teil auch öffentlich geführt habe, seitdem die Vorlage existiere. In der

derzeitigen Satzung der Zoo AG sei sehr wohl eine – auch aktienrechtskonforme – Regelung enthalten, dass für den Fall, dass Zuschüsse zum laufenden Geschäftsbetrieb der Zoo AG gezahlt würden, zwei Aufsichtsratssitze für das Land Berlin bereitgestellt würden. Dies sei deswegen nicht passiert, weil es sich bei den Kompensationszahlungen, die jetzt abgelöst würden, nicht um Zuschüsse zum laufenden Geschäftsbetrieb, sondern um – rein rechtlich graduell unterschiedlich – Kompensationszahlungen für Flächennutzungen handele, die das Land Berlin für zum Beispiel Daseinsvorsorgezwecke wie beim Busbahnhof am Zoo in Anspruch nehme. Wenn man dem Zoo in einer Postcoronasituation finanzielle helfe, und sei es auch zum Gegenwert des Auflösens der auch preisbereinigten Ewigkeitszahlung, tue man das gerne. Es sei aber nicht unanständig, mit dem Aufsichtsrat in Gespräche darüber einzutreten, ob es, das Einverständnis der Zoo AG vorausgesetzt, nicht vorstellbar sei, zumindest einen Aufsichtsratssitz für das Land Berlin zu gewährleisten. Die Finanzverwaltung werde im Sinne dieses Beschlusses in vertrauensvolle Gespräche zum Beispiel mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden eintreten. Der Begleitbeschluss sei in Auswertung und Erkenntnisgewinnung der vergangenen Wochen entstanden; man gehe damit auf Augenhöhe und partnerschaftlich auf die Zoo AG zu. Er sei optimistisch, dass der Wille, den das Parlament damit zum Ausdruck bringe, respektvoll behandelt werde.

Dr. Kristin Brinker (AfD) teilt mit, die Einmalzahlung halte ihre Fraktion für eine sinnvolle Lösung. – Die AfD-Fraktion habe großes Zutrauen, dass Aufsichtsrat und Vorstand der Zoo AG auch in Zukunft so ordentlich und sinnvoll wie in der Vergangenheit wirtschafteten, sowohl im Sinne des Zoos wie auch der Besucher. Der Begleitbeschluss sei insofern nicht notwendig; ihre Fraktion werde ihm nicht zustimmen. Sollten sich die Preise tatsächlich ändern, werde man mit dem Zoo darüber sprechen können; dafür müsse nicht zwingend ein Aufsichtsratsmandat für den Senat ausgehandelt werden.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3691 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis. Er stimmt zudem dem Begleitbeschluss zu.

Punkt 4 A der Tagesordnung

Bericht SenFin – II B – vom 06.08.2021

3148 A

Gender Budgeting

Haupt

gemäß Auflage A. 11 a) und b) – Drucksache 18/2400
zum Haushalt 2020/21
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen von
der Konsensliste IV. genommen und auf die Tagesord-
nung der 95. Sitzung gesetzt)

Sebastian Walter (GRÜNE) dankt SenFin und der AG Gender Budgeting für den weiteren Zwischenbericht. Auch dem Engagement der Verwaltungen gebühre Dank; in den letzten zwei Jahren sei, auch unter erschwerten Coronabedingungen, vieles erarbeitet worden. Das Ziel sei jedoch noch nicht erreicht. Laut Bericht habe die Umsetzung in den bestehenden Haushaltsplänen noch nicht bei allen Verwaltungen gut funktioniert. Der parlamentarischen Erwartung gemäß sollten sich im Rahmen der in der nächsten Wahlperiode anstehenden Haushaltseratungen alle Verwaltungen an die neuen Vorgaben halten, wie sie in den entspre-

chenden Aufstellungsrundschreiben aufgeführt seien. Es gebe letztlich keinen Grund, von diesen abzuweichen.

Dankbar sei er für die eingehende Beschäftigung mit der Frage, wie das Personenstandsmerkmal „divers“ im Rahmen von Gender Budgeting und Gender Mainstreaming berücksichtigt werden könne. – Enttäuschend sei dagegen, allgemein an alle Verwaltungen gerichtet, dass zu der durchaus herausfordernden Aufgabe des Fach- und Finanzcontrollings zwar konzeptionelle Überlegungen angestellt worden seien und diese auch gut und weitreichend ausfielen, hier aber noch keine Umsetzung erfolgt sei. Dieses Ziel hätte zum Ende der Wahlperiode erreicht sein sollen. Der Auflagenbeschluss zum Gender Budgeting wie auch der weitere Beschluss des Abgeordnetenhauses dazu seien insofern nicht voll erfüllt. Seine Fraktion erwarte, dass sich die Verwaltungen an die Parlamentsbeschlüsse hielten und sie das Finanzcontrolling umsetzten. Damit sich die Erwartungen an Gender Budgeting erfüllten und das Funktionieren im Rahmen der neuen Mechanismen und Rahmenbedingungen gesichert sei, brauche es Vergleichbarkeit, andernfalls bleibe ungewiss, ob und wie Gender Budgeting in einzelnen Bereichen wirke bzw. wie der Prozess nachgesteuert und parlamentarisch begleitet werden könne. Der in einem halben Jahr vorzulegende Folgebericht solle deutlich machen, ob sich alle Senats- und Bezirksverwaltungen an die neuen im Haushaltsrundschreiben dargestellten Richtlinien hielten und wie weit sie das Finanzcontrolling umgesetzt hätten.

Vorsitzende Franziska Becker macht darauf aufmerksam, dass durch Auflage Nr. 11 a für den Folgebericht gesorgt sei.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 3148 A zur Kenntnis.

Punkt 4 B der Tagesordnung

Bericht SenFin – II LIP 1 – vom 26.08.2021
Kofinanzierungen bei Investitionsmaßnahmen
(Berichtsauftrag aus der 87. Sitzung vom 17.03.2021)
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen von der Konsensliste IV. genommen und auf die Tagesordnung der 95. Sitzung gesetzt)

[3745](#)

Haupt

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/3821
**Gesetz zur Einführung einer Karenzzeit für
Senatsmitglieder und zur Änderung
dienstrechtlicher Vorschriften**
(in der 94. Sitzung am 25.08.2021 vertagt)

[3659](#)

Haupt

Vertagt zur nächsten Sitzung.

Bezirke

Punkt 6 der Tagesordnung

Schreiben BA Mitte – SchuSpo AL – vom 20.08.2021 [3728](#)
Papageno-Grundschule: Gesamtsanierung und
Anbau zur Schulplatzweiterung; 10115 Berlin,
Bergstraße 58
1. Antrag zur Aufhebung einer Sperre
2. Zustimmung zur Änderung des
Bedarfsprogramms
gemäß § 7 Haushaltsgesetz 2020/2021 in Verbindung
mit § 24 Abs. 3 LHO, § 24 Abs. 5 Satz 2 LHO und
Auflage A. 8 und A. 17 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/2021

Ohne Aussprache stimmt der **Ausschuss** dem Schreiben rote Nr. 3728 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung

Schreiben BA Mitte – BiKu ID 12 – vom 17.08.2021 [3742](#)
Sanierung Dach und Keller Volkshochschule Mitte,
Antonstraße 37, 13347 Berlin – Anmietung einer
Containeranlage
Nachträgliche Zustimmung zur Anmietung von
Containern zur Schaffung der Baufreiheit
gemäß Auflage A. 2 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

Vorsitzende Franziska Becker teilt mit, die Sprecherinnen- und Sprecherrunde habe sich gemäß Nr. 5c) i. V. m. Nr. 5a) der Auflagen zum Haushalt 2020/2021 auf die Ausbringung einer pauschalen Minderausgabe in Höhe von 50 000 Euro für das Bezirksamt Mitte wegen eines schwerwiegenden Verstoßes gegen Auflagen und Beschlüsse des Abgeordnetenhauses verständigt.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend. – Ohne Aussprache stimmt er dem Schreiben rote Nr. 3742 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung

Bericht BA Pankow – FM Hoch 320 – vom 20.08.2021

[3727](#)

Ausbau Grundschule durch Generalsanierung und

Haupt

Anbau an das Bestandsgebäude – Elisabeth-Christinen- Grundschule

Kenntnisnahme von der Absicht der

Senatsverwaltung für Finanzen außerplanmäßige

Verpflichtungsermächtigungen zuzulassen

gemäß Auflage A. 1 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

Stefanie Remlinger (GRÜNE) dankt Stadtrat Kühne, der Finanzverwaltung sowie der Stadtentwicklungsverwaltung dafür, die unter TOP 8, 9 und 10 aufgeführten Vorhaben möglich gemacht zu haben.

Bezirksstadtrat Dr. Torsten Kühne (BA Pankow) spricht der Senatsverwaltung für Finanzen und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Dank für die Kreativität sowie dem Hauptausschuss Dank für die auch in der Vergangenheit geleistete Unterstützung der Pankower Schulbaumaßnahmen aus.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 3727 zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung

Bericht BA Pankow – FM Hoch 3213 – vom
23.08.2021

[3739](#)

Haupt

**Marianne-Buggenhagen-Schule: Sanierung und
Umbau 2. Gebäude zur Erweiterung Förderzentrum
„Körperliche Entwicklung“, Therapiebad,
Außenanlagen; 13125 Berlin, Ernst-Busch-Straße 27**

1. Kenntnisnahme zum vorgezogenen Baubeginn

2. Kenntnisnahme von der Absicht der

Senatsverwaltung für Finanzen, außerplanmäßige

Verpflichtungsermächtigungen zuzulassen

gemäß Auflage A. 1 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 3739 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung

Schreiben BA Pankow – FM Hoch 320 – vom 31.08.2021

Errichtung von Interimsstandorten als Drehscheibe; 10407 Margarete-Sommer-Straße (Werneuchener Wiesen)

1. Antrag zur Aufhebung einer Sperre
2. Kenntnisnahme von außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen
3. Kenntnisnahme über den vorgezogenen Beginn der Baumaßnahme

gemäß § 7 Haushaltsgesetz 2020/2021 in Verbindung mit § 24 Abs. 3 LHO und Auflage A. 1 und A. 17 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/2021

[3749](#)
Haupt

Ohne Aussprache stimmt der **Ausschuss** dem Schreiben rote Nr. 3749 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung

Schreiben BA Spandau – BzBm – vom 17.08.2021

Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)

Deckungskreis 10 – BA Spandau für Pauschale Schulen

Titel 70026 – 05K05 B.-Traven-Gemeinschaftsschule (GemS): Ertüchtigung, Barrierefreiheit und Sanierung der Sanitäranlagen; 13583, Recklinghauser Weg 26-32

Titel 70025 – 05G24, Grundschule am Windmühlenberg: Umbau und Erweiterung; 14089, Am Kinderdorf 23-27

Wegfall einer Maßnahme und Mittelumwidmung
gemäß § 4a SIWA ErrichtungsG

[3748](#)
Haupt

Carsten Ubbelohde (AfD) erkundigt sich, ob die Senatsverwaltung für Finanzen das Vorhaben wohlwollend unterstützte bzw. die Vorlage mitgezeichnet habe. Falls nicht: Warum nicht? – Die erhebliche Kostensteigerung von 45 Prozent möge erläutert werden.

Staatssekretär Fréderic Verrycken (SenFin) erwidert, SenFin und SenBildJugFam unterstützten den Weg des Bezirks ausdrücklich.

Bezirksbürgermeister Helmut Kleebank (BA Spandau) erläutert, wie an vielen anderen Stellen seien die zuvor geschätzten Kosten im Rahmen der Bedarfsprogrammermittlung auch hier nach oben korrigiert worden.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3748 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 11 A der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben BA Spandau – BzBm – vom
03.09.2021

**Vertragsverlängerung von Flächen als Bürofläche
für die Unterbringung von Personal der Außenstelle
der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und
Familie**

**1. Zustimmung zur Vertragsverlängerung
2. Kenntnisnahme zur erforderlichen Zulassung
einer außerplanmäßigen Verpflichtungs-
ermächtigung in 2021 mit Jahresscheiben in
2022-2026 im Kapitel 3306, Titel 51801**
gemäß Auflage A. 2 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3771](#)

Haupt
Vertrauliche
Beratung

Ohne Aussprache stimmt der **Ausschuss** dem Schreiben rote Nr. 3771 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung

Schreiben BA Treptow-Köpenick – BzBm – vom
13.08.2021

**Schule Stillerzeile: Reaktivierung Schulstandort,
Neubau Mehrzweckraum mit Mensa, Neubau
Sporthalle; 12587, Stillerzeile 100**

**1. Antrag zur Aufhebung einer Sperre
2. Zustimmung zur Änderung des
Bedarfsprogramms
für die Maßnahme**

gemäß § 7 Haushaltsgesetz 2020/2021 in Verbindung
mit § 24 Abs. 3 LHO, § 24 Abs. 5 Satz 2 LHO und
Auflage A. 8 und A. 17 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/2021

[3725](#)

Haupt

Ohne Aussprache stimmt der **Ausschuss** dem Schreiben rote Nr. 3725 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 13 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben BA Treptow-Köpenick –
BzBm – vom 26.05.2021
**Errichtung von Interimsstandorten auf
Schulgrundstücken**
**1. Zustimmung zum Abschluss eines Vertrages zur
Anmietung eines Interimsstandortes und Vorhaltung
der Zusatzflächen einschl. Medienanschlüssen für
die Container**
**2. Kenntnisnahme von der Absicht der
Senatsverwaltung für Finanzen, außerplanmäßigen
Ausgaben in 2021 und außerplanmäßigen
Verpflichtungsermächtigungen in 2022 bis 2026
zuzustimmen**
gemäß Auflage A. 1 und A. 2 – Drucksache 18/2400
zum Haushalt 2020/21
(in der 94. Sitzung am 25.08.2021 vertagt)

[3650](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Ohne Aussprache stimmt der **Ausschuss** dem Schreiben rote Nr. 3650 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 14 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben BA Treptow-Köpenick –
BzBm – vom 26.08.2021
**Befristete Anmietung von Büroflächen zur
Interimsnutzung aufgrund der
brandschutztechnischen Sanierung des Rathauses
Köpenick**
1. Zustimmung zum Abschluss eines Mietvertrages
**2. Kenntnisnahme der Zulassung einer
außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in
2021 im Kapitel 3306 Titel 51801 durch das
Bezirksamt Treptow-Köpenick**
gemäß Auflage A. 1 und A. 2 – Drucksache 18/2400
zum Haushalt 2020/21

[3746](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Ohne Aussprache stimmt der **Ausschuss** dem Schreiben rote Nr. 3746 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 15 der Tagesordnung

Schreiben BA Marzahn-Hellersdorf – FM Bau L1 –
vom 01.09.2021

[3755](#)

Haupt

**Peter-Pan-Grundschule: Sanierung Schulgebäude
und Ergänzungsbau; 12679, Stolzenhagener Straße 9**

1. Antrag zur Aufhebung einer Sperre

2. Zustimmung zur Änderung des

Bedarfsprogramms

gemäß § 7 Haushaltsgesetz 2020/2021 in Verbindung
mit § 24 Abs. 3 LHO, § 24 Abs. 5 Satz 2 LHO und
Auflage A. 8 und A. 17 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/2021

Ohne Aussprache stimmt der **Ausschuss** dem Schreiben rote Nr. 3755 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Regierender Bürgermeister – 03

Vorsitzende Franziska Becker teilt mit, Tagesordnungspunkt 16 werde im Bereich „Inneres und Sport – 05“ vor Tagesordnungspunkt 18 aufgerufen.

Punkt 17 der Tagesordnung

Schreiben Senat von Berlin – Skzl V F FS – vom
31.08.2021

[3750](#)

Haupt

**Zustimmung zur beabsichtigten Entnahme von
Mitteln aus dem Innovationsförderfonds
hier: Quantentechnologie und -computing in Berlin
für die Jahre 2022 und 2023 zur Stärkung der
Grundlagenforschung sowie der Forschungs-,
Produktions- und Anwendungsnetzwerke;
Kofinanzierung des Konjunkturpaketes II des
Bundes**

Zustimmung zur Aufhebung einer Sperre

Sebastian Schlüselburg (LINKE) kündigt an, seine Fraktion werde bis kommenden Freitag Fragen zum Schreiben rote Nr. 3750 einreichen, die die Senatskanzlei innerhalb von vier Wochen schriftlich beantworten solle.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3750 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 17 A der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Annahme einer Entschließung
Drucksache 18/4099
Perspektiven für afghanische Wissenschaftler*innen und Studierende in Berlin jetzt schaffen!

[3761](#)

Haupt

Ohne Aussprache empfiehlt der **Ausschuss** dem Plenum die Annahme des Antrags der Koalitionsfraktionen Drucksache 18/4099. Dringlichkeit wird empfohlen.

Punkt 17 B der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3467
Aus-, Fort- und Weiterbildung im ehrenamtlichen Bereich für das digitale Engagement stärken

[3464](#)

Haupt

BuergEnPart(f)

KTDat*

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses BuergEnPart vom 06.09.2021 vor, den Antrag auch mit geändertem Berichtsdatum „31. Dezember 2021“ abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU und FDP bei Enthaltung AfD).

Ohne Aussprache empfiehlt der **Ausschuss** dem Plenum, den Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3467 gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation abzulehnen.

Inneres und Sport – 05

Punkt 16 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 18/3504
Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung des E-Government

[3494](#)

Haupt

KTDat

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses KTDat vom 14.06.2021 vor, den Antrag anzunehmen (einstimmig mit SPD, LINKE, GRÜNE, AfD und FDP bei Enthaltung CDU).

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	<u>3494 A</u>
b) Schlussbericht SenInnDS vom 16.06.2021 Auswertung von zu erhebenden Daten und Erstellung eines Berichts für das Land Berlin im Rahmen der „Evaluation des EGovG Bln“ (Berichtsauftrag aus der 73. Sitzung vom 22.04.2020)	<u>2765 E</u>
	Haupt

Ohne Aussprache stimmt der **Ausschuss** dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu. Er empfiehlt dem Plenum, den Antrag der Koalitionsfraktionen Drucksache 18/3504 mit der beschlossenen Änderung anzunehmen. Dringlichkeit wird empfohlen. – Er nimmt den Bericht rote Nr. 2765 E zur Kenntnis.

Punkt 18 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3709 Polizeieigene Liegenschaften zurück in die Hände des Zentralen Objektschutzes der Polizei Berlin geben – Sicherheit besser organisieren als das Verbrechen	<u>3606</u>
	Haupt InnSichO

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses InnSichO vom 30.08.2021 vor, den Antrag abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU und FDP bei Enthaltung AfD).

Ohne Aussprache empfiehlt der **Ausschuss** dem Plenum, den Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3709 gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung abzulehnen.

Punkt 18 A der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 18/2394 Kapazitäten des Eissports erhöhen!	<u>2717</u>
	Haupt Sport

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses Sport vom 03.09.2021 vor, den Antrag abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, CDU, LINKE, GRÜNE und FDP gegen AfD).

Ohne Aussprache empfiehlt der **Ausschuss** dem Plenum, den Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 18/2394 gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Sport abzulehnen.

Punkt 19 der Tagesordnung

Schreiben Senat von Berlin – SenInnDS IV A 3 / IV A [3757](#)
32 – vom 24.08.2021 Haupt
Sanierung des Außenbeckens im Sommerbad
Humboldthain
Antrag zur Aufhebung einer qualifizierten Sperre

Ohne Aussprache stimmt der **Ausschuss** dem Schreiben rote Nr. 3757 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 20 der Tagesordnung

Schreiben SenInnDS – IV D – vom 27.08.2021 [3747](#)
Rechtliche Beratung und Begleitung der Planung
und Durchführung von geförderten und nicht
geförderten Sport(groß)veranstaltungen des Landes
Berlin
hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

Carsten Ubbelohde (AfD) teilt mit, seine Fraktion halte das Ansinnen für unbegründet. Die Verwaltung sollte, gerade mit Blick auf das stetig hinzukommende Personal und dem zuständigen Staatssekretär, selbst in der Lage sein, diese originär sportpolitische Aufgabe und die daraus resultierenden verwaltungstechnischen Fragestellungen zu bewerkstelligen. Es braucht keinen externen Dienstleister, der ihr ihre Arbeit abnehme.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3747 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 20 A der Tagesordnung

Bericht SenInnDS – V A 4 Ho – vom 26.08.2021 [1403 D](#)
Leistungsfähiges Bürgeramt / Effektive Bürger- und
Standesämter
gemäß Auflage B. 24 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen von
der Konsensliste IV. genommen und auf die Tagesord-
nung der 95. Sitzung gesetzt)

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) fragt, wann das Intelligente Terminmanagementsystem bei den Standesämtern eingeführt werde. – Laut Antwort auf die letzte Schriftliche Anfrage daue-

re es noch immer lange, bis eine Geburtsurkunde ausgestellt werde, im Bezirk Mitte drei Wochen und mehr. Welche Maßnahmen würden ergriffen, um die Wartezeiten zu reduzieren?

Staatssekretärin Sabine Smentek (SenInnDS) erklärt, bei dem Basisdienst Zeitmanagementsystem, ZMS, der das intelligente Terminmanagementsystem für Standesämter und andere Ämter enthalte, gebe es leider einen Zeitverzug. Die Absicherung der finanziellen Mittel im letzten Doppelhaushalt sei nicht gelungen, hinzu kämen Verzögerungen durch die Corona-pandemie; daher werde das intelligente Tool nicht vor Ende 2022 zur Verfügung stehen. Beim ZMS handele es sich um ein älteres Verfahren, das ursprünglich nicht dafür ausgelegt gewesen sei, die Quantität abzubilden, die es jetzt abbilde, und gewisse Funktionalitäten ließen sich nicht einfach in das alte System einprogrammieren.

Bei den Standesämtern seien die infolge einer Organisationsuntersuchung entwickelten Maßnahmen sukzessive umgesetzt worden. Die Stellensituation entwickle sich in den verschiedenen Standesämtern unterschiedlich; insgesamt sei eine leichte Entspannung eingetreten. Bezuglich der Situation in Mitte müsse die Staatsekretärin auf die Beantwortung der Schriftlichen Anfrage verweisen.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) bittet um Auskunft zur rechtlichen Zulässigkeit der alternierenden Telearbeit.

Staatssekretärin Sabine Smentek (SenInnDS) erwidert, die Konstruktion der Rechte von Standesbeamten sei komplex. Standesbeamte würden für ihren jeweiligen Standesamtsbezirk zugelassen und dürften nur in diesem Bezirk als Standesbeamte agieren. Darum sei es nicht trivial, Standesbeamten, die in unterschiedlichen Bezirken lebten und arbeiteten, die Möglichkeit zu geben, Urkunden auszustellen, während sie sich in ihren Wohnbezirken aufhielten. Daneben stellten sich datenschutzrechtliche Fragen und Bedenken bezüglich des sicheren Transports von Urkunden. Man glaube aber, nun eine Lösung gefunden zu haben und kurzfristig Verbesserungen erzielen zu können.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1403 D zur Kenntnis.

Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung – 06

Vorsitzende Franziska Becker erinnert daran, dass die Sprecherrunde sich geeinigt habe, auf die Anwesenheit der politischen Hausleitung zu verzichten.

An dieser Stelle wird aufgerufen:

Punkt 31 D der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Annahme einer Entschließung
Drucksache 18/4100
Berlin ist Regenbogenhauptstadt und Freiheitszone für LSBTIQ*

3765

Haupt

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, der Antrag – Drucksache 18/4100 – möge angenommen werden. Dringlichkeit werde ebenfalls empfohlen.

Umwelt, Verkehr und Klimaschutz – 07

Punkt 21 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/2810 Charta für das Berliner Stadtgrün und das Handlungsprogramm Berliner Stadtgrün 2030	3075 Haupt UmVerk(f) StadtWohn*
--	--

Es liegt eine Beschlussempfehlung, [3075 A](#), des Ausschusses UmVerk vom 27.05.2021 vor, die Vorlage – zur Beschlussfassung – mit Änderungen anzunehmen (mehrheitlich mit SPD, CDU, LINKE, GRÜNE und FDP gegen AfD).

Vertagt zur nächsten Sitzung.

Punkt 22 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1743 Lebensqualität steigern 2: Natur schützen, Orientierung erleichtern, Aufenthaltsräume stärken!	1728 Haupt UmVerk
--	---

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses UmVerk vom 26.08.2021 vor, den Antrag auch mit geändertem Berichtsdatum „30. September 2021“ abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU und AfD bei Enthaltung FDP).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, der Antrag – Drucksache 18/1743 – möge gemäß Beschlussempfehlung abgelehnt werden.

Punkt 23 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/2142 Lebensqualität steigern 3: Interaktionsräume schaffen, Mobilität gewährleisten, Partizipation ermöglichen!	2480 Haupt UmVerk(f) StadtWohn*
--	--

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses UmVerk vom 26.08.2021 vor, den Antrag auch mit geändertem Berichtsdatum „30. September 2021“ abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU und AfD bei Enthaltung FDP).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, der Antrag – Drucksache 18/2142 – möge gemäß Entschlussempfehlung abgelehnt werden.

Punkt 23 A der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Annahme einer Entschließung
Drucksache 18/4102
Keine Erhöhung der Ticketpreise im öffentlichen Nahverkehr

[3767](#)

Haupt

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, der Antrag – Drucksache 18/4102 – möge angenommen werden. Dringlichkeit werde ebenfalls empfohlen.

Punkt 23 B der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Annahme einer Entschließung
Drucksache 18/4101
Berliner Semesterticket erhalten

[3766](#)

Haupt

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, der Antrag – Drucksache 18/4101 – möge angenommen werden. Dringlichkeit werde ebenfalls empfohlen.

Punkt 24 der Tagesordnung

- a) Schreiben SenUVK – I B 10 B – vom 27.08.2021
Beauftragung einer Gutachten- und Beratungsdienstleistung – Ressourcenschutzbezogene Unternehmensservices hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21
- b) Austauschseite SenUVK zur rote Nummer 3752
Austauschseite: Seite 3

[3752](#)

Haupt

[3752-1](#)

Haupt

Carsten Ubbelohde (AfD) kritisiert, dass eine pauschale Freigabe über einen Betrag, dessen Höhe nicht abzuschätzen sei, beschlossen werden solle. Er bitte um konkretere Zahlen.

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) weist darauf hin, dass sich auf der Austauschseite nähere Ausführungen hierzu finden. Da das Projekt Beratungsleistungen inkludiere, handele es sich um eine relativ hohe Summe zwischen 50 000 Euro und 200 000 Euro. Eine weitere Präzisierung sei nicht möglich, da sich erst im Laufe des Vergabeprozesses entscheiden werde, welche Leistungen man genau einkaufe. SenUVK werde bei der Vergabeentscheidung zu 25 Prozent die Kosten und zu 75 Prozent die Inhalte der Konzepte berücksichtigen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3752 unter Berücksichtigung der Austauschseite rote Nr. 3752-1 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 25 der Tagesordnung

- | | |
|--|---|
| a) Vertraulicher Bericht SenUVK – IV A 2-4 – vom 16.06.2021
Vorbereitungskosten für den schienengebundenen Nahverkehr
hier: Machbarkeitsstudien U-Bahn und Fahrzeugbeschaffungsplanung
(Berichtsauftrag aus der 88. Sitzung vom 14.04.2021)
(mit vertraulicher Anlage nur für den Datenraum) | <u>1582 L</u>
Haupt
Vertrauliche Beratung hinsichtlich der Anlage |
| a1) Schreiben SenUVK – IV A 2-5 – vom 30.08.2021
Aufhebung der Vertraulichkeit | <u>1582 L-1</u>
Haupt |
| a2) Bericht SenUVK – IV A 2-5 – vom 30.08.2021
U-Bahn Machbarkeitsstudien
hier: Bereitstellung von Übersichtsplänen zu U-Bahn-Netzerweiterung | <u>1582 L-2</u>
Haupt |
| b) Bericht SenUVK – IV A 2-5 – vom 31.08.2021
U-Bahn Machbarkeitsstudien
hier: Konzeption Lückenschluss U3 Mexikoplatz
(Berichtsauftrag aus der 94. Sitzung vom 25.08.2021)
(mit vertraulicher Anlage nur für den Datenraum) | <u>1582 M</u>
Haupt
Vertrauliche Beratung hinsichtlich der Anlage |
| c) Bericht SenUVK – IV A 2-4 – vom 29.07.2021
Sachstandsbericht zu den U-Bahnplanungen und zur U3
(Berichtsauftrag aus der 92. Sitzung vom 09.06.2021) | <u>2592 C</u>
Haupt |

Carsten Ubbelohde (AfD) moniert, dass kein weiterer Ausbau der U3 vorgesehen sei, obwohl ein solcher auch einen Beitrag zur Wirtschaftlichkeit der Linie leisten könne, da er einer größeren Zahl an Menschen ihre Nutzung ermöglichen würde. – Habe außerdem bei den Planungen zur Heidekrautbahn ein Anschluss des Märkischen Viertels eine Rolle gespielt? Warum werde ein solcher Anschluss in den Überlegungen zum Bahnausbau nicht stärker berücksichtigt?

Sibylle Meister (FDP) stellt fest, der Vergleich der Machbarkeitsstudien zeige, dass eine Verlängerung der U8 ins Märkische Viertel bezüglich der Baukosten pro Fahrgäst die günstigste der erwogenen Verlängerungen sei. Warum werde sie trotzdem nicht eingeplant?

Christian Goiny (CDU) bezeichnet es als „peinlich“, dass in Berlin, das sich die Verbesserung des Angebots des ÖPNV auf die Fahnen geschrieben habe, seit der Fertigstellung der U5 kein U-Bahn-Bau mehr stattfinde. Die CDU-Fraktion werde in der kommenden Legislaturpe-

riode darauf drängen, dass sich dies ändere. Die vorgelegten Berichte wiesen Lücken und Unstimmigkeiten auf; die in Rede stehenden Streckenverlängerungen seien unbedingt sinnvoll, um den motorisierten Verkehr zu reduzieren und den Ballungsraum zu erschließen. Auch bezüglich des Managements der Werkstätten habe es in den vergangenen Jahren keine Verbesserungen gegeben; stattdessen habe sich SenUVK auf Verschleierungstaktiken und Ausflüchte konzentriert.

Sven Heinemann (SPD) erkundigt sich, wie der aktuelle Zeitplan zum Umbau des Waisentunnels aussehe. Welche Kosten seien zu erwarten? Inwieweit sei die Projektgesellschaft an den Machbarkeitsstudien beteiligt gewesen?

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) betont, der Senat habe bezüglich der Werkstätten stets offen und transparent agiert und geforderte Unterlagen geliefert. Im Übrigen habe er sich im Verlauf der Legislaturperiode immer wieder mit U-Bahn-Planungen befasst, weshalb die Machbarkeitsstudien nun vorlägen und ausgewertet seien.

Neben den vier untersuchten Strecken komme auch ein Ausbau der U3 infrage; hierzu habe die BVG ein Konzept erstellt, weitere Untersuchungen würden folgen. Selbiges gelte für beider Verlängerungen der U7. Der Grund dafür, dass die Planungen bezüglich der U8 vom Senat verworfen worden seien, sei die gesamtstädtische Wirkung hinsichtlich des Fahrgastpotenzials, das bei den Verlängerungen der U7 Richtung Westen und Osten deutlich höher liege. – Eine Anbindung der Heidekrautbahn ans Märkische Viertel sei aufgrund der Entfernung nicht machbar.

Uwe Kutscher (BVG) ergänzt bezüglich des Waisentunnels, die Tochtergesellschaft der BVG für derartige Tiefbauarbeiten befindet sich mit dem beauftragten Planungsbüro bei der Arbeit. Die Aufträge seien seit dem Frühjahr erteilt, die Planungen liefen. Insbesondere sei geprüft worden, ob der sehr schadhafte alte Waisentunnel noch saniert werden könne, oder ob es eines Neubaus bedürfe. Die bisher vorliegenden Ergebnisse deuteten darauf hin, dass der in den Jahren 1914 bis 1918 erbaute Tunnel derart schadhaft sei, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Neubau notwendig werde. Man befindet sich in intensiven Gesprächen, welche Genehmigungen hierfür notwendig seien. Auch müsse eine Abstimmung mit der Bundeswasserstraßenverwaltung stattfinden.

Sven Heinemann (SPD) fragt nach, wie ein Neubau ablaufe. Werde der alte Tunnel zurückgebaut in den alten Tunnel ein neuer gebaut? Gebe es Schätzungen, wie viel Zeit ein Neubau in Anspruch nehmen und welche Kosten er verursachen würde?

Uwe Kutscher (BVG) erklärt, die Planungen seien noch nicht weit genug fortgeschritten, um seriöse Kostenprognosen abzugeben. Es sei auch noch unklar, ob ein neues Planfeststellungsverfahren eingereicht werden müsse; derzeit gehe man davon aus, dass dies möglicherweise nicht der Fall sei, solange man im Rahmen des alten Tunnels bleibe. Das bedeute aber, dass das alte Bauwerk aus dem Grund der Spree entfernt und an gleicher Stelle ein moderner Tunnel errichtet werden müsse. Ganz grob sei wohl mit Kosten zwischen 20 Millionen Euro und 50 Millionen Euro zu rechnen.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rotens Nrn. 1582 L, 1582 L-1, 1582 L-2, 1582 M und 2592 C zur Kenntnis.

Punkt 26 der Tagesordnung

Bericht SenUVK – IV A 3-1 – vom 16.07.2021
**Förderprogramm zur Anschaffung von in Berlin
genutzten Lastenrädern** [1349 D](#)
(Berichtsauftrag aus der 92. Sitzung vom 09.06.2021) Haupt

Christian Goiny (CDU) moniert, dass nach wie vor nicht zufriedenstellend erklärt sei, weshalb ein Drittel der Fördersumme bei der IBB verbleibe und dass diesbezüglich keine Verbesserungen geplant seien. Dabei sei Zuwendungsbescheide zu erteilen das „kleine Einmaleins“ einer jeden Verwaltung.

Carsten Ubbelohde (AfD) schließt sich der Kritik daran, dass 30 Prozent der Fördersumme in die Verwaltung flößen, an. Es stelle sich auch die Frage, warum Lastenräder, wenn sie denn eine gute Fortbewegungsmöglichkeit darstellten, überhaupt in dieser Art gefördert werden müssten und Menschen eine derart überschaubare Investitionen nicht selbst tätigten. Im Übrigen gebe es ein ähnliches Förderprogramm des Bundes für E-Lastenräder in Höhe von 25 Prozent; wenn das Land nun weitere ca. 2 000 Euro beisteuere, werde ein Lastenrad im Wert von 4 000 Euro zu ca. 75 Prozent gefördert. Hier führe Ideologie in verkehrspolitischen Fragen zu Maßlosigkeit.

Hendrikje Klein (LINKE) fordert, dass der Vertrag mit der IBB vorgelegt werde.

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) erinnert daran, dass er bereits in früheren Sitzungen ausgeführt habe, dass die IBB-Tochter IBT, die speziell für Fördermaßnahmen des Landes gegründet worden sei, in diesem Bereich über größere Fähigkeiten verfüge als die Kernverwaltung, deren Beschäftigte häufig wenig Erfahrung und Expertise in der Vergabe hätten. Der Preis für die Leistungen der IBT sei angemessen; der hohe Preis beim Start des Förderprogramms verdanke sich der einmaligen Bereitstellung von Programm, Digitalem, Technik etc. Sollte es eine weitere Förderperiode geben, werde dies nicht noch einmal notwendig, der Preis werde also stark sinken.

Außerdem sei der hohe Preis dadurch begründet, dass Lastenräder keine sehr hochpreisigen Produkte seien und relativ kleine Beträge ausgegeben würden, die trotzdem jeweils eine händische Bearbeitung erforderten. Die Förderung sei in Berlin, das unter traditionellem Last- und Güterverkehr durchaus leide, eine sinnvolle und wichtige Maßnahme. – Der Vertrag mit der IBB entspreche in etwa dem Geschäftsbesorgungsvertrag, der bereits ins Abgeordnetenhaus gegeben worden sei, und könne zur Verfügung gestellt werden.

Christian Goiny (CDU) wünscht, dass auch das Antragsformular für die Förderung vorgelegt werde. Folge man der Argumentation des Staatssekretärs, müssten auch vielerlei Förderungen aus den Bereich Kultur, Jugend etc. über die IBB abgewickelt werden; offensichtlich sei die Vergabe in diesem Fall dorthin ausgelagert worden, weil SenUVK schlecht organisiert sei und es selbst nicht schaffe, einfache Förderanträge zu bearbeiten. Weshalb die IBB dafür technisch aufgerüstet werden müsse, erschließe sich nicht. Wäre die Vergabe intelligenter organisiert worden, könnten deutlich mehr Lastenräder gefördert werden.

Daniel Wesener (GRÜNE) bezweifelt, dass die erneute Diskussion des Themas Fortschritte bringen werde. Er stimme allerdings zu, dass man künftig besser werden müsse. Diese Art der Zuwendung habe bisher bei SenUVK nicht zum Alltagsgeschäft gehört. Die Grundsatzfrage, ob das erstrebenswert sei, oder ob eine solche Förderung als temporäres Ereignis auch langfristig durch externe Dienstleister besser bearbeitet werden könne, sei durchaus berechtigt. Auch die Kulturverwaltung bediene sich einer großen Zahl an Stiftungen, GmbHs etc., um ihre Förderungen durchzuführen, da dies in der Kernverwaltung nicht effizient möglich sei. Sollte die Förderung der Lastenräder verstetigt werden, müsse das Verhältnis zwischen Overheadkosten und den schließlich wirklich für Räder genutzten Geldern besser werden; das habe aber auch der Senat verstanden. Dass Zuwendungen allgemein und insbesondere bei vielen kleinen auszubezahlenden Summen eine komplexe Materie darstellten, sei bekannt.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, IBB-Vertrag und Antragsformular seien durch SenUVK zur Verfügung zu stellen.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1349 D zur Kenntnis.

Punkt 26 A der Tagesordnung

Bericht SenUVK – IV C 21 – vom 30.08.2021
S-Bahn: Reinigungen im Gleisbereich
(Berichtsauftrag aus der 93. Sitzung vom 11.08.2021)

[1677 K](#)
Haupt

Sven Heinemann (SPD) urteilt, der Bericht zeige desaströse Zustände auf. Die dort als gereinigt aufgeführten Bahnhöfe machten nur einen Bruchteil der insgesamt vorhandenen aus. Offenbar sei in mehr als der Hälfte der Berliner S-Bahn-Höfe das Gleisbett im vergangenen Jahr nicht gereinigt worden und werde dies wohl auch in näherer Zukunft nicht. Er fordere SenUVK auf, mit der Bahn darüber weiterhin ernsthafte Gespräche zu führen. Sollte die Verwaltung hier nicht weiterkommen, sei es an den entsprechenden Fachpolitikern, sich in der folgenden Legislaturperiode um die Angelegenheit zu kümmern. Es sei nicht zu akzeptieren, dass Berlin dreistellige Millionenbeträge für die Sauberkeit der Stadt aufwende, während sich die Bahn nicht in der Lage sehe, in regelmäßigen Abständen im Gleisbereich zu reinigen.

Stefan Ziller (GRÜNE) schließt sich der Kritik an erkundigt sich, ob und wie Gespräche mit der Bahn liefen, um bessere Lösungen zu finden.

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) führt aus, SenUVK habe der Bahn in den vergangenen Monaten deutlich erklärt, dass man den Zustand für inakzeptabel halte; man habe dabei auch auf Aussagen und Wünsche aus dem Abgeordnetenkreis hingewiesen. Gemeinsam mit Brandenburg und dem VBB sei man auf verschiedenen Ebenen aktiv und übe Druck auf die DB Netz AG aus. Verschiedene Meetings hätten bereits stattgefunden, und man werde die Problematik auch weiterhin ansprechen. Bei Ausbleiben einer klaren Erklärung, dass sich die Zustände bessern würden, werde man die Lage „eskalieren“ müssen.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1677 K zur Kenntnis.

Kultur und Europa – 08

Punkt 27 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion	3492
Drucksache 18/3187	Haupt
Wider den Kulturverfall – Der Staat ist zum Kulturgüterschutz verpflichtet: Ein Kulturgutschutz-Gesetz für Berlin (KuguG Berlin)	Kult

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses Kult vom 23.08.2021 vor, den Antrag abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, CDU, LINKE, GRÜNE und FDP gegen AfD).

hierzu:

- a) Stellungnahme des Senats – SenKultEuropa II A Wü – [3492 A](#)
vom 11.05.2021 Haupt
- b) Austauschfassung zur roten Nummer 3492 B [3492 B-1](#)
Änderungsantrag der AfD-Fraktion Haupt

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, den Änderungsantrag der AfD-Fraktion rote Nr. 3492 B-1 abzulehnen. Sodann empfiehlt er dem Abgeordnetenhaus, der Antrag – Drucksache 18/3187 – möge gemäß Beschlussempfehlung abgelehnt werden. Er nimmt die Stellungnahme rote Nr. 3492 A zur Kenntnis.

Punkt 28 der Tagesordnung

Bericht SenKultEuropa – I A Pr – vom 31.08.2021	3669 A
Entnahme aus der Rücklage für Zuschüsse für besondere kulturelle Projekte	Haupt
hier: Bericht über die geförderten Projekte	
(Berichtsauftrag aus der 93. Sitzung vom 11.08.2021)	

Sibylle Meister (FDP) erkundigt sich, wie sich die Mittel auf die Bezirke verteilen.

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhler (SenKultEuropa) erwidert, er könne die Frage spontan nicht beantworten, eine entsprechende Liste könne aber zur Verfügung gestellt werden.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 3669 A zur Kenntnis.

Punkt 28 A der Tagesordnung

Bericht SenKultEuropa – II A DL – vom 31.08.2021 [3682 A](#)
Entnahmen aus dem Innovationsförderfonds zur Finanzierung von Innovationsvorhaben und Entsperrung der Mittel zur Verstärkung des Kapitels 0810 / Titel 68522, Titel 68569, Titel 68587, Titel 68621 und Titel 89110 im Einzelplan 08
hier: **Bericht zu Berliner Rockhaus und Stärkung der Digitalen Infrastruktur und den digitalen Wandel in den Berliner Kultureinrichtungen und Bibliotheken**
(Berichtsaufträge aus der 93. Sitzung vom 11.08.2021)

Haupt

Siehe Wortprotokoll.

Gesundheit, Pflege und Gleichstellung – 09

Punkt 29 der Tagesordnung

- a) Schreiben SenGPG – I F 11 – vom 01.09.2021 [3758](#)
Nothilfefonds zur Erstattung von Sprachmittlungskosten für psychiatrische und psychotherapeutische Behandlungen
Antrag zur Aufhebung einer qualifizierten Sperre
Haupt
- b) **Austauschseite** (Seite 2) SenGPG [3758-1](#)
zur roten Nummer 3758
Haupt

Carsten Ubbelohde (AfD) stellt fest, dass durch den Fonds die psychiatrische und psychotherapeutische Behandlung von Flüchtlingen offenbar unabhängig davon unterstützt werde, ob diese eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive hätten und wirklich Unterstützungsbedürftig seien. Nur so sei erklärbar, dass sich auch Polnisch, Rumänisch und Türkisch auf der Liste der angebotenen Sprachen fänden, handele es sich doch bei der Türkei um einen EU-Beitrittskandidaten und bei Polen und Rumänien gar um EU-Mitglieder. Daher sehe die AfD-Fraktion die Maßnahme außerordentlich kritisch.

Staatssekretär Martin Matz (SenGPG) entgegnet, man biete mit dem Dienstleister „Sprint“ Sprachmittlungsdienste für alle an, bei denen es im Gesundheitswesen Verständigungsprobleme gebe. Dies sei nicht auf Geflüchtete beschränkt. Der Fonds beziehe sich konkret auf Geflüchtete, weil es hier Probleme gebe, dieser Menschengruppe Sprachmittlung zuteilwerden zu lassen. Es gehe nicht darum, Menschen aus EU-Ländern oder EU-nahen Ländern, die vermeintlich vorgäben, sie seien auf der Flucht, zu unterstützen, sondern es laufe ein generelles Programm für Sprachmittlung im Gesundheitswesen, für das der Dienstleister genutzt werde.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3758 unter Berücksichtigung der Austauschseite rote Nr. 3758-1 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 30 der Tagesordnung

Schreiben SenGPG – II B 6 – vom 31.08.2021
Management des Projekts „Fachkräftesicherung in der Pflege“
hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21

[3751](#)

Haupt

Carsten Ubbelohde (AfD) meint, das bereits seit einiger Zeit laufende Projekt führe zu keinen erkennbaren Erfolgen. Mit den beschriebenen Maßnahmen sei der Fachkräftemangel in der Pflege nicht zu beseitigen; die Gründe für diesen seien bekannt und umfassten unter anderem die mangelnde Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Vergütungsproblematiken. Die „blumigen Worte“ ohne Substanz, die das Projekt zeitige, könnten keine Abhilfe schaffen.

Staatssekretär Martin Matz (SenGPG) weist darauf hin, dass es an dieser Stelle nur um das Management des Projekts gehe. Inhaltlich habe man im Verlauf der Legislaturperiode viel gegen Fachkräftemangel in der Pflege unternommen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3751 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 31 der Tagesordnung

- a) Bericht SenGPG – II A 1 – vom 31.08.2021
Fortführung der Evaluation der Umsetzung der berlinspezifischen Konzeption für Präventive Hausbesuche (PHB) in zwei bezirklichen Modellregionen
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21
- [2627 D](#)
Haupt

- b) Schreiben SenGPG – II A 1 – vom 31.08.2021
Fortführung der Umsetzung der berlinspezifischen Konzeption für Präventive Hausbesuche (PHB) in zwei bezirklichen Modellregionen
hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21
- [2627 E](#)
Haupt

Carsten Ubbelohde (AfD) äußert sich zunächst wohlwollend bezüglich der Konzeption für präventive Hausbesuche, da auch er einen möglichen Bedarf sehe. Allerdings sei fraglich, ob das Land angesichts einer alternden Gesellschaft es werde leisten können, Menschen zu finden, die ältere Mitbürger aufsuchten und unterstützten. Zudem sei es in gewissem Ausmaß Aufgabe der Zivilgesellschaft, sich um ihre Mitmenschen zu kümmern. Es sei nicht Aufgabe des Staates, sich aller Belange des privaten und öffentlichen Lebens anzunehmen.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2627 D zur Kenntnis. Er stimmt dem Schreiben rote Nr. 2627 E wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 31 A der Tagesordnung

Schreiben SenGPG – II C 1 – vom 01.09.2021 [3759](#)
Vergabe eines Dienstleistungsvertrages im Rahmen
der Maßnahmen zur Erweiterung der landeseigenen
Pflegeinfrastruktur
hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3759 ohne Aussprache wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 31 B der Tagesordnung

Schreiben SenGPG – II A 2 – vom 01.09.2021 [3760](#)
Transfer der Zusatzqualifizierung für digitale
Kompetenzen in der Pflege
hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

Carsten Ubbelohde (AfD) weist darauf hin, dass gemäß Pflegepersonal-Stärkungsgesetz § 8 die Übernahme von bis zu 40 Prozent der Kosten von Maßnahmen zur Förderung der Digitalisierung, insbesondere auch von Schulungskosten, vorgesehen sei. Warum solle dies nun zusätzlich im Land Berlin aufgelegt werden? Genüge die vorhandene Förderung nicht?

Anja Lull (SenGPG) antwortet, mit dem vorliegenden Projekt sollten die digitalen Kompetenzen der Pflegekräfte und derjenigen, die in der Betreuung eingesetzt seien, gefördert werden, nicht die Infrastruktur der Einrichtungen.

Carsten Ubbelohde (AfD) wendet ein, dass im Pflegepersonal-Stärkungsgesetz auch die fraglichen Kompetenzen erfasst seien. Dort stehe ausdrücklich, dass Zuschüsse für Schulungskosten von bis zu 40 Prozent, höchstens 12 000 Euro, erfolgen könnten.

Anja Lull (SenGPG) erklärt, es gebe keine Doppelförderung. Das Projekt sei eindeutig auf die Ziele für die Berliner Pflegekräfte hin entwickelt worden.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3760 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 31 C der Tagesordnung

- | | |
|--|--|
| a) Luca App
Fragen der AfD-Fraktion | <u>3379 W</u>
Haupt |
| b) Luca App
Fragen der Fraktion Die Linke | <u>3379 X</u>
Haupt |
| c) Bericht SenGPG – I A 31 – vom 02.09.2021
luca Folgebericht
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion Die Linke
(Berichtsauftrag aus der 93. Sitzung vom 11.08.2021)
(mit vertraulicher Anlage nur für den Datenraum zu Frage 3) | <u>3379 AA</u>
Haupt
Vertrauliche Beratung hinsichtlich der Anlage |
| d) Bericht SenGPG – Krisenstab – vom 02.09.2021
luca Folgebericht
hier: Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion
(Berichtsauftrag aus der 93. Sitzung vom 11.08.2021) | <u>3379 AB</u>
Haupt |
| e) Bericht SenGPG – I A 31 – vom 02.09.2021
luca Folgebericht
(Berichtsauftrag aus der 93. Sitzung vom 11.08.2021) | <u>3379 Z</u>
Haupt |

Der **Ausschuss** nimmt die Fragen rote Nrn. 3379 W und 3379 X sowie die Berichte rote Nrn. 3379 AA, 3379 AB und 3379 Z ohne Aussprache zur Kenntnis.

Vorsitzende Franziska Becker weist darauf hin, dass TOP 31 D nach TOP 20 A erledigt worden sei.

Punkt 31 E der Tagesordnung

- | | |
|--|--------------------------------------|
| Schreiben SenGPG – I F – vom 03.09.2021
Zustimmung zur beabsichtigten Entnahme von Mitteln aus dem Innovationsförderfonds
hier: Erläuterungsbericht zur Maßnahme Darlehen zur Auftragsvorfinanzierung für Produkte und Verfahren zur (Corona-) Pandemieindämmung
Zustimmung zur Aufhebung einer Sperre | <u>3769</u>
Haupt |
|--|--------------------------------------|

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3769 ohne Aussprache wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 31 F der Tagesordnung

- a) Schreiben SenGPG – Krisenstab – 03.09.2021 [3770](#)
Entnahme aus der Rücklage zur Finanzierung der Teststrategie des Landes Berlin im Zeitraum September bis Dezember 2021
gemäß § 12a Abs. 3 Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021
- b) Bericht SenGPG – Krisenstab – vom 06.09.2021 [3585 B](#)
Testzentren
(Berichtsauftrag aus der 93. Sitzung vom 11.08.2021)

Sebastian Walter (GRÜNE) erkundigte sich nach der Refinanzierung der Teststrategie; rechne die Senatsverwaltung mit Einnahmen, weil Tests künftig bezahlt werden müssten? Falls ja, in welchem Umfang?

Staatssekretär Martin Matz (SenGPG) teilt mit, dass es in Berlin künftig wohl kommerziell betriebene Testzentren geben werde, die als Gewerbe angemeldet werden müssten. Dort werde eine Einnahmenerzielung möglich sein; die genauen Rahmenbedingungen kenne auch SenGPG derzeit noch nicht, da man weiterhin darauf warte, dass die Testverordnung des Bundes entsprechend angepasst und somit erkennbar werde, welche Rahmenbedingungen es z. B. in Bezug auf die Preisgestaltung geben werde. Man wisse derzeit noch nicht, ob Grenzen oder Margen gesetzt würden. Die landeseigenen Teststellen seien aufrechtzuerhalten, damit man dort, wo das Land selbst ein Interesse daran habe, Testungen bzw. Nachtestungen durchzuführen, dies tun könne; dafür müsse man auch finanziell einstehen.

Jörg Max Haas (SenGPG) ergänzt, es sei in der Tat unklar, wie die nächsten drei Monate aussehen würden. Man müsste Testkapazitäten vorhalten, um auf Veränderungen der Lage reagieren zu können. Die Senatseigenen Testzentren würden auf eines pro Bezirk reduziert, um in der Fläche weiterhin mit einer Kapazität von 500 Tests pro Tag und Zentrum vertreten zu sein. Bei neuen Erkenntnissen könne man diese Zahl innerhalb weniger Tage wieder deutlich erhöhen.

Es sei auch noch unklar, was zukünftig refinanziert werden solle, z. B. PCR-Nachtestungen bei Schülern, Pflegeeinrichtungen etc. Dazu könne man momentan keine Auskunft geben. Bei den bisherigen Abrechnungen fänden sich in den Verhandlungen zwischen den Dienstleistern und der KV immer wieder neue Abrechnungsmöglichkeiten, die allerdings nicht sehr erheblich seien. Man könne aber folglich auch darüber noch keine abschließende Auskunft erteilen.

Der Ausschuss stimmt dem Schreiben rote Nr. 3770 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis. Er nimmt weiterhin den Bericht rote Nr. 3585 B zur Kenntnis.

Punkt 31 G der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU	<u>3609</u>
Drucksache 18/3713	Haupt
Das KMV endlich sicher und modern machen – Einrichtung einer Taskforce für die dringend notwendige strukturelle und personelle Reform im Krankenhaus des Maßregelvollzugs Berlin (KMV) zur Gewährleistung einer effektiven, sicheren und erfolgreichen Behandlung aller Patienten	GesPflegGleich(f)
	Recht
	WissForsch

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses GesPflegGleich vom 06.09.2021 vor, den Antrag auch mit geändertem Berichtsdatum „16. September 2021“ abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU und AfD bei Enthaltung FDP).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, der Antrag – Drucksache 18/3713 – möge gemäß Beschlussempfehlung abgelehnt werden.

Bildung, Jugend und Familie – 10

Punkt 32 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –	<u>3661</u>
Drucksache 18/3879	Haupt
Viertes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes	BildJugFam

Es liegt eine Beschlussempfehlung, [3661 A](#), des Ausschusses BildJugFam vom 26.08.2021 vor, die Vorlage – zur Beschlussfassung – mit Änderungen anzunehmen (mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU, AfD und FDP).

Christian Goiny (CDU) merkt an, es sei ein „bemerkenswerter“ Vorgang, dass ein über Jahre entwickelter Gesetzesentwurf kurz vor Ende der Legislaturperiode im Parlament noch eine Änderung erfahre, dank derer er mit dem ursprünglichen Vorhaben nur noch wenig zu tun habe. Die CDU-Fraktion halte das schon allein formal für fragwürdig, insbesondere da Betroffene und andere relevante Gruppen nicht in die Beratung des geänderten Entwurfs einzogen worden seien; entsprechend deutlich sei der Protest aus der Fachwelt. Das Gesetz werde die Arbeit der Schulleitungen weiter erschweren, die „angesichts des Versagens der Senatsschulverwaltung“ in den vergangenen Jahren dafür hätten sorgen müssen, dass die Be- schlulung der Kinder funktioniere. In der Coronapandemie habe sich gezeigt, dass das, was vor Ort von Schulleitungen organisiert worden sei, am besten funktioniert habe. Deren Arbeit zu erschweren, zeuge von Ignoranz gegenüber funktionierenden Berliner Schulen.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/3879 – möge gemäß Beschlussempfehlung angenommen werden. Dringlichkeit werde ebenfalls empfohlen.

Punkt 33 der Tagesordnung

Bericht SenBildJugFam – I B – vom 31.08.2021 [3754](#)
Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund zu mobilen Luftreinigern
(Berichtsauftrag aus der 93. Sitzung vom 11.08.2021)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 3754 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 34 der Tagesordnung

Bericht SenBildJugFam – I D – vom 18.08.2021 [1189 AM](#)
Bezirke, die auf Basis der Bevölkerungsprognose 2018 noch keine Prognose zum Schulplatzbedarf (Monitoring) abgegeben haben
(Berichtsauftrag aus der 93. Sitzung vom 11.08.2021)

Vertagt zur nächsten Sitzung.

Punkt 35 der Tagesordnung

Bericht SenBildJugFam – I D Ref – vom 03.08.2021 [3580 A](#)
Beschleunigter Infrastrukturausbau – Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder
(Berichtsauftrag aus der 91. Sitzung vom 26.05.2021)

Stefanie Remlinger (GRÜNE) merkt an, zu dem Zeitpunkt, da der Bericht verfasst worden sei, habe es noch keine Zustimmung des Bundes gegeben, die nicht bis Ende des Jahres verausgabten Mittel in einen Sonderfonds zurückzulegen. Habe es hier inzwischen Bewegung gegeben?

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) bringt zunächst Freude darüber zum Ausdruck, dass der Vermittlungsausschuss am 6. September 2021 zu einer Einigung bezüglich eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung gefunden habe. Sie danke insbesondere dem Finanzsenator für seinen Einsatz. Bezüglich der nicht verausgabten Gelder sehe SenBildJugFam zwei Möglichkeiten; welche davon zum Tragen kommen werde, hänge von der Ausgestaltung der neuen Verwaltungsvereinbarung aufgrund des im Vermittlungsausschuss erzielten Kompromisses ab. Eine Möglichkeit sei, dass die nicht verausgabten Mittel in den Topf des Ganztagsförderungsgesetzes flössen und nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt würden, die andere Möglichkeit sei, dass sie auf das, was Berlin nach dem Ganztagsförderungsgesetz erhalte, „on top“ gesetzt würden. Es sei also kein Verfall zu befürchten.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 3580 A zur Kenntnis.

Punkt 36 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion

[3318](#)

Drucksache 18/3198

Haupt

**Finanzielle Besserstellung der Familienpflege in der
Kinder- und Jugendhilfe**

BildJugFam

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses BildJugFam vom 26.08.2021 vor, den Antrag auch mit geändertem Berichtsdatum „30. September 2021“ abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen AfD bei Enthaltung CDU und FDP).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus, der Antrag – Drucksache 18/3198 – möge gemäß Beschlussempfehlung abgelehnt werden.

Integration, Arbeit und Soziales – 11

Punkt 37 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/3817 Gesetz zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Land Berlin	3644 Haupt IntArbSoz
---	--

Vorsitzende Franziska Becker teilt mit, dass der Ausschuss für Integration, Arbeit und Soziales in seiner Beschlussempfehlung vom 26.08.21 – rote Nr. 3644 A – die Annahme der Vorlage mit Änderungen empfehle.

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, die Annahme der Vorlage – Drucksache 18/3817 – gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Integration, Arbeit und Soziales zu empfehlen. Die Dringlichkeit wird ebenfalls empfohlen.

Punkt 38 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3316 Digitalisierung für eine bessere Teilhabe für Menschen mit Behinderungen fördern!	3375 Haupt IntArbSoz(f) GesPflegGleich KTDat
---	--

Vorsitzende Franziska Becker teilt mit, dass der Ausschuss für Integration, Arbeit und Soziales in seiner Beschlussempfehlung vom 26.08.21 – rote Nr. 3375 A – die Annahme des Antrags in neuer Fassung empfehle.

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, die Annahme des FDP-Antrags – Drucksache 18/3316 – gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Integration, Arbeit und Soziales zu empfehlen. Die Dringlichkeit wird ebenfalls empfohlen.

Punkt 39 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU auf Annahme einer Entschließung Drucksache 18/3317 Migrantenquote im Öffentlichen Dienst: unnötig, unsinnig, schädlich, verfassungswidrig	3372 Haupt IntArbSoz(f) InnSichO Recht
---	--

Vorsitzende Franziska Becker teilt mit, dass der Ausschuss für Integration, Arbeit und Soziales in seiner Beschlussempfehlung vom 26.08.21 die Ablehnung des CDU-Antrags empfehle.

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, die Ablehnung des CDU-Antrags – Drucksache 18/3317 – zu empfehlen.

Punkt 40 der Tagesordnung

Bericht SenIAS – ZS A 5 – [3132 C](#)
Tarifentwicklung bei freien Trägern und
Tarifangleichung bei Zuwendungsempfängern und
Leistungserbringern
(Berichtsauftrag aus der 92. Sitzung vom 09.06.2021)

Vorsitzende Franziska Becker stellt fest, dass keine Wortmeldungen vorlägen und der Bericht rote Nr. 3132 C zur Kenntnis genommen sei.

Punkt 41 der Tagesordnung

Schreiben SenIAS/LAF vom 31.08.2021 [3753](#)
Sanierung als Gemeinschaftsunterkunft für
Geflüchtete, Storkower Straße, 10407 Berlin
Antrag zur Aufhebung einer Sperre
gemäß § 7 Haushaltsgesetz 2020/2021 in Verbindung
mit § 24 Abs. 3 LHO und Auflage A. 8 und A. 17 –
Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/2021

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3753 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 42 der Tagesordnung

Bericht SenIAS – III F 2.3 – vom 10.08.2021 [3368 A](#)
Gesamtstädtische Steuerung der Unterbringung
wohnungsloser Menschen
(Berichtsaufträge aus der 86. Sitzung vom 03.03.2021
und aus der 24. Sitzung des UA Bez vom 24.03.2021)

Vorsitzende Franziska Becker erinnert daran, dass man vor Eintritt in die Tagesordnung beschlossen habe, den Bericht rote Nr. 3368 A dem Ausschuss für Integration, Arbeit und Soziales zur Verfügung zu stellen. – Es lägen keine Wortmeldungen vor, und der Bericht rote Nr. 3368 A sei zur Kenntnis genommen.

Punkt 43 der Tagesordnung

Schreiben SenIAS – III F 1.3 – vom 24.08.2021 [3743](#)
**Umsetzung von Modellprojekten der Berliner
Wohnungslosenhilfe – hier: „Safe Places“
Antrag zur Aufhebung einer qualifizierten Sperre**
Haupt

Stefan Ziller (GRÜNE) hebt hervor, dass nach dem Schreiben rote Nr. 3743 für „Safe Places“ im nächsten Haushaltsjahr eine deutliche Summe vorgesehen sei. Sei diese auch im Haushaltsplanentwurf so enthalten? – Ihn hätten Schreiben z. B. von „Housing First“ erreicht, wonach Sen IAS dort Mittel kürze. Würden Mittel für „Housing First“ zugunsten von „Safe Places“ umgeschichtet?

Staatssekretär Daniel Tietze (SenIAS) erklärt, im Haushaltsplanentwurf für 2022/2023 seien ca. 4 Mio. Euro für die allgemeine Vorsorge für Modellprojekte innerhalb dieses Sektors vorgesehen. Darin sei auch die Finanzierung für das Projekt „Safe Places“ enthalten. – Hinsichtlich der angesprochenen Kürzungen bei „Housing First“ sei ihm nichts bekannt; nähere Informationen nehme man gerne entgegen. Ansonsten gehe er weiterhin davon aus, dass SenIAS „Housing First“ als hoch prioritäres Projekt ansehe und auch weiter entwickeln wolle.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3743 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Stadtentwicklung und Wohnen – 12

Punkt 44 der Tagesordnung

Schreiben SenStadtWohn – II D 41 – vom 23.08.2021 [3744](#)
Franz-Mehring-Platz, Friedrichshain-Kreuzberg
Antrag zur Aufhebung einer Sperre
gemäß § 7 Haushaltsgesetz 2020/2021 in Verbindung
mit § 24 Abs. 3 LHO und Auflage A. 8 und A. 17 –
Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/2021
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3744 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 44 A der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – [3660](#)
Drucksache 18/3822
**Gesetz über die Einbindung der für das
Geoinformations- und Vermessungswesen
zuständigen Senatsverwaltung bei der Durchführung
von Bodenordnungsmaßnahmen**
Haupt
StadtWohn

Vorsitzende Franziska Becker teilt mit, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen in seiner Beschlussempfehlung vom 01.09.21 die Annahme der Vorlage – Drucksache 18/3822 – empfehle.

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, die Annahme der Vorlage – Drucksache 18/3822 – zu empfehlen. Die Dringlichkeit wird ebenfalls empfohlen.

Punkt 44 B der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU	<u>3425</u>
Drucksache 18/3410	Haupt
Urban – Digital – 3D: Ein digitaler Zwilling für die Metropole Berlin	UmVerk
	KTDat
	StadtWohn(f)

Vorsitzende Franziska Becker teilt mit, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen in seiner Beschlussempfehlung vom 01.09.21 die Ablehnung des CDU-Antrags auch mit geändertem Berichtsdatum „30. September 2021“ empfehle.

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, die Ablehnung des CDU-Antrags – Drucksache 18/3410 – auch mit dem geänderten Berichtsdatum zu empfehlen.

Punkt 45 der Tagesordnung

Schreiben SenStadtWohn – II B – vom 27.08.2021	<u>3756</u>
Zustimmung zur beabsichtigten Entnahme von Mitteln aus dem Innovationsförderfonds hier: Maßnahmen zur Entwicklung des Zukunftsstandorts Tegel	Haupt
Zustimmung zur Aufhebung einer Sperre	

Carsten Ubbelohde (AfD) hebt hervor, dass für die Holz-Bauhütte 10 Mio. Euro vorgesehen seien, er aber geneigt sei, diese Mittel zu sperren, bis hierfür ein nachvollziehbares Konzept vorliege, das über wohlklingende Worte hinausgehe. Angesichts der ansteigenden Holzpreise müsste man auch bezweifeln, dass dieser Baustoff gerade für Berlin finanziert sei.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3756 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 46 der Tagesordnung

- a) Bericht SenStadtWohn – II B 12 – vom 06.07.2021 [1391 W](#)
Flughafenareal Tempelhof, Umbau Haupt
AlliiertenMuseum – Folgebericht
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 03.03.2021)

- b) Bericht SenStadtWohn – II B – vom 13.07.2021
**SIWA Baumaßnahmen zur Sanierung des
Flughafengebäudes Tempelhof
Betondeckensanierung der Hangardächer 2 bis 7
Bericht gemäß roter Nr. 1391 P** [1391 Y](#)
Haupt
- c) Bericht Der Senat von Berlin – StadtWohn II B – vom 03.08.2021
**Flughafenareal Tempelhof (Planung und
Entwicklungen) und Hangarnutzung**
gemäß Auflage B. 86 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21 [1391 Z](#)
Haupt

Vertagt.

Punkt 47 der Tagesordnung

- Antrag der Fraktion der FDP [3629](#)
Drucksache 18/3570
**Entwicklung des Flughafen Tempelhof zügiger
voranbringen!**
Haupt(f)
EuroBundMed*
Kult*
StadtWohn*
WiEnBe*

Vorsitzende Franziska Becker teilt mit, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe in seiner Stellungnahme vom 16.08.21 die Ablehnung des FDP-Antrags empfehle. Die Ablehnung werde auch vom Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien, vom Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen und vom Kulturausschuss empfohlen.

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, die Ablehnung des FDP-Antrags – Drucksache 18/3570 – zu empfehlen.

Wirtschaft, Energie und Betriebe – 13

Punkt 48 der Tagesordnung

- Antrag der Fraktion der FDP [0397](#)
Drucksache 18/0297
**Wer bewacht die Wächter? – keine Ausnahmen für
vorbestraftes Sicherheitspersonal in der Berliner
Gastronomie**
Haupt
InnSichO*
WiEnBe(f)

Vorsitzende Franziska Becker teilt mit, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe in seiner Beschlussempfehlung vom 30.08.21 die Ablehnung des FDP-Antrags empfehle.

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, die Ablehnung des FDP-Antrags – Drucksache 18/0297 – zu empfehlen.

Punkt 49 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1355 Wohnen UND Arbeiten in Berlin – auch Industrie, Gewerbe und Kreativwirtschaft brauchen Platz	<u>1518</u> Haupt StadtWohn WiEnBe(f)
--	--

Vorsitzende Franziska Becker teilt mit, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe in seiner Beschlussempfehlung vom 30.08.21 die Ablehnung des CDU-Antrags auch mit geändertem Berichtsdatum „1. November 2021“ empfehle.

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, die Ablehnung des FDP-Antrags – Drucksache 18/1355 – auch mit dem geänderten Berichtsdatum zu empfehlen.

Punkt 50 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/2561 Wirtschaftsförderungen vernetzen!	<u>2776</u> Haupt WiEnBe
---	--

Vorsitzende Franziska Becker teilt mit, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe in seiner Beschlussempfehlung vom 30.08.21 die Ablehnung des CDU-Antrags auch mit geändertem Berichtsdatum „1. Dezember 2021“ empfehle.

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, die Ablehnung des CDU-Antrags – Drucksache 18/2561 – auch mit dem geänderten Berichtsdatum zu empfehlen.

Punkt 51 der Tagesordnung

Schreiben SenWiBeEn – IV C 41 – vom 18.08.2021 Vergabe der wissenschaftlichen Begleitung des Operationellen Programms für den Europäischen Sozialfonds (ESF) im Land Berlin für die Förderperiode 2021-2027 hier: Zustimmung gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21	<u>3738</u> Haupt
--	--------------------------------------

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3738 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 52 der Tagesordnung

Verschiedenes

Vorsitzende Franziska Becker dankt allen und insbesondere den Kolleginnen und Kollegen, deren letzte Hauptausschusssitzung dies gewesen sei, sowie dem Ausschussbüro – namentlich Frau Frisch, Herrn Nowak und Herrn Bernhard – für die stets sehr gute Zusammenarbeit im Hauptausschuss der 18. Wahlperiode. Ebenso danke sie der Finanzverwaltung für die stets konstruktive und gute Zusammenarbeit – stellvertretend auch für die anderen Senats- und Bezirksverwaltungen –, und auch gegenüber dem stenografischen Dienst, der Technik und denjenigen, die für den Service zuständig seien, wolle sie ihre Wertschätzung ausdrücken.

Carsten Ubbelohde (AfD) dankt der Vorsitzenden für die nicht nur sehr umsichtige, sondern auch immer gelassene, sehr charmante und zielführende Leitung des Ausschusses.

Torsten Schneider (SPD) erklärt, diesem Dank schließe man sich an.